

Geschäftsführung:  
Fachbereich 4 Planen und Bauen

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses  
der Stadt Lüdenscheid

am 14.03.2018

im Schulungsraum der Feuer- und Rettungswache

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

#### Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer 90/Die Grünen	Bündnis	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	ab 17:03 Uhr
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertel	SPD	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	bis 19:38 Uhr - Ende der öffentlichen Sitzung
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	ab 17:05 Uhr
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertreter für den verstorbenen Ratsherrn Hansjürgen Wakup
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	
Herr Dominik Petereit	FDP	ab 17:03 Uhr bis 19:25 Uhr

#### Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Klaus-Peter Mattke	Fraktionslos	Vertreter für Herrn Martin Kornau

#### Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf		
Beigeordneter Thomas Ruschin		bis TOP 4 der öffentlichen Sitzung
Herr Hans Jürgen Badziura		
Herr Andreas Beckmann		
Frau Yvonne Hayer		
Herr Dieter Rotter		

Herr Martin Walter  
Herr Edgar Weinert  
Frau Meike Scharpe  
Herr Christian Hayer  
Herr Thomas Tiemann  
Herr Hartmut Fellenberg  
Frau Christina Padovano

Personalrat  
Personalrat

**Gäste:**

Herr Jürgen Flemming  
Herr Jörg Weber  
Herr Stefan Walle  
Herr Thomas Gravos  
Herr Thomas Link  
Herr Peter Sippel

Feuer- und Rettungswache  
Feuer- und Rettungswache  
Feuer- und Rettungswache  
Feuer- und Rettungswache  
Feuer- und Rettungswache  
bis TOP 4 der öffentlichen Sitzung  
Blecher & Sippel Immobilienverwaltung  
GmbH

**Schriftführung:**

Frau Dorothea Malberg

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Martin Kornau Fraktionslos

**Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Kalliopi Georgiadou Internationale  
Liste der SPD

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:56 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

**Entfällt**

**2. Straßenbenennung einer Erschließungsstraße im Ortsteil Mozartstraße/  
Brahmsweg in "Amadeus-Weg"  
Vorlage: 034/2018**

---

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Hauptausschuss und dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die neu geplante Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 834 „Mozartstraße/Brahmsweg“ wird als „Amadeus-Weg“ benannt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 16  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: 2

Ratsherr Thielicke war bei der Abstimmung abwesend.

### **3. Feuer- und Rettungswache / Sachstand Mängelbeseitigung, weitere Nutzungsperspektiven Vorlage: 040/2018**

---

Vorsitzender Holzrichter erklärt, dass vor Eintritt in die Beratung ein gemeinsamer Rundgang durch die Feuer- und Rettungswache mit anschließender Aussprache erfolgt. Er entschuldigt den erkrankten Herrn Dr. Blasweiler als Leiter der internen Feuerwehrarbeitsgruppe ebenso wie Herrn Kuschmirtz, den Leiter der Zentralen Gebäudewirtschaft, welcher urlaubsbedingt abwesend ist. Herr Beckmann übernimmt anstelle von Herrn Kuschmirtz die Führung durch die Feuer- und Rettungswache.

Der Rundgang beginnt im neuen Schulungsraum, in welchem die Sitzung stattfindet. Es folgt die Begehung der neuen Aufenthaltsräume, der Küche im 2. Obergeschoss, des neuen Parkplatzes, der neuen Kleiderkammer, der Mehrzweckhalle für die Fahrzeuge, der neuen Florianswäsche und Desinfektion in der Krankenwagenhalle und führt weiter durch die Halle der Feuerwehrumkleide Tor 5, die neuen Ruheräume des Rettungsdienstes sowie durch den neuen Aufenthaltsraum des Rettungsdienstes mit Schleusen in der alten Containerhalle.

Im Anschluss führt Vorsitzender Holzrichter die Sitzung im Schulungsraum weiter. Er weist darauf hin, dass den Anwesenden die Auswertung der Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung für die Feuer- und Rettungswache, welche durch die Projektgruppe Gefährdungsbeurteilung erarbeitet wurde, vor Sitzungsbeginn verteilt worden sei. Ausgangspunkt hierfür sei ein externes Gutachten gewesen. Vorsitzender Holzrichter bittet zu zwei Punkten um Auskunft der Verwaltung bzw. des Personalrates.

Als ersten Punkt bittet er Herrn Beckmann um eine Einschätzung zur Einhaltung des Kostenrahmens. Herr Beckmann berichtet, dass ein Kostenansatz von 985.000 € bewilligt worden sei. Alle laufenden Arbeiten seien beauftragt. Der Kostenrahmen werde eingehalten, eine Überschreitung sei derzeit nicht zu erwarten. Eine genaue Zahl liege jedoch noch nicht vor, da noch Schlussrechnungen ausstünden. Eine genauere Aussage hierzu sei zeitnah möglich.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Gestaltung der Arbeitsplätze. Die Kritik des Personalrates sei Auslöser für die Änderungen gewesen. Er begrüßt Frau Padovano als Vorsitzende sowie Herrn Fellenberg als Mitglied des Personalrates und bittet um eine kurze Stellungnahme. Frau Padovano führt aus, der Personalrat sei mit der bisherigen Umsetzung im Rahmen der Möglichkeiten sehr zufrieden. Es gebe noch einige offene Punkte, diese seien zum Teil jedoch auch nicht umsetzbar gewesen.

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

### **Beschluss:**

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Hinsichtlich einer möglichen Weiternutzung der bisherigen Feuer- und Rettungswache am Dukatenweg wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit den örtlichen Hilfsorganisationen aufzunehmen, um mögliche Optionen und Konditionen für eine Nutzung durch ehrenamtliche Kräfte der Hilfsorganisationen auszuloten. Eine erste Berichterstattung hierzu soll spätestens in der letzten Sitzung des Ausschusses vor den Sommerferien erfolgen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

#### **4. Sachstand und weitere Schritte Neubauplanungen Feuer- und Rettungswache sowie Feuerwehrgerätehäuser / Ausschreibung von Planungsleistungen Vorlage: 041/2018**

---

Auf Nachfrage seitens des Ausschusses berichtet die Verwaltung ausführlich über die Beteiligungsprozesse zur Umsetzung der Mängelbeseitigung und informiert ebenso detailliert über die Höhe der Planungs- und Baubetreuungskosten für den Neubau der zentralen Feuer- und Rettungswache sowie zur Errichtung neuer Feuerwehrgerätehäuser.

Nach lebhafter Diskussion weist Vorsitzender Holzricht auf darauf hin, dass der in der Beschlussvorlage genannte Kostenrahmen insgesamt eingehalten werden solle. Das Ergebnis der Ausschreibung solle jedoch abgewartet werden. Die Ausführung durch eigenes Personal komme aufgrund der Arbeitsauslastung nicht in Frage. Dies habe sich bereits bei den Stellenplanberatungen gezeigt.

Ohne weitere Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine beschränkte Ausschreibung mit vorherigem Teilnahmewettbewerb zur Vergabe von Planungs- und Baubetreuungsleistungen für den Neubau der zentralen Feuer- und Rettungswache sowie den Neubau der Feuerwehrgerätehäuser Brüninghausen und Oberrahmede durchzuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

#### **5. Gemeinsamer Antrag des Ratsherrn Wagemeyer sowie des Ratsherrn Fröhling auf Durchführung eines Verkehrsversuches „Im Stoberg“**

---

Ratsfrau Rogalske verliest den gemeinsamen Antrag auf Durchführung eines Verkehrsversuches „Im Stoberg“ der Ratsherren Wagemeyer und Fröhling. Sie führt aus, die subjektive Wahrnehmung der Anwohner decke sich nicht mit den Ausführungen der Verwaltung in den letzten beiden Aus-

schusssitzungen zu diesem Thema. Die im Antrag genannte befristete Sperrung solle deutlich vor den Sommerferien beginnen. Sie bittet um ergänzende Information seitens der Verwaltung, welche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung bzw. zur Verhinderung der Durchfahrt von Nicht-Anliegern dieser Straße möglich seien.

Vorsitzender Holzrichter weist darauf hin, dass die Feuer- und Rettungswache vor Durchführung eines solchen Verkehrsversuches beteiligt werden solle, da eine Sperrung ggfs. relevante zeitliche Auswirkungen bei einem Einsatz haben könnte. Auch der Leiter der Feuer- und Rettungswache, Herr Walter, bittet um Beteiligung im Verfahren, gleich, ob es sich um einen zeitlich befristeten Versuch oder eine eventuell dauerhafte Sperrung handele.

In der sich anschließenden kontroversen Diskussion der Ausschussmitglieder stellt sich die Frage nach dem Standort der Sperrung (im unteren Bereich Richtung Lösenbacher Landstraße oder weiter oben Richtung Wilhelm-Busch-Straße). Im Falle einer Sperrung müssten die Anwohner zum Teil Umwege in Kauf nehmen. Hierzu sollten die Anwohner gehört werden. Weiter wird um Information gebeten, ob bzw. warum es in der Vergangenheit keine oder sehr wenige Verkehrskontrollen in diesem Bereich gegeben habe. Herr Hayer antwortet, dies liege im Zuständigkeitsbereich der Polizei. In der Vergangenheit sei eine Kontrolle (in der hier vorliegenden Straßenklassifizierung „Anlieger frei“ auch eher unüblich) seines Wissens nicht erfolgt. Der Hinweis werde aber an die Polizei weitergegeben. Seitens des Ausschusses wird darauf hingewiesen, dass es im Stadtgebiet viele solcher Anliegerstraßen gebe. Zum vorliegenden Antrag liegen keine Erkenntnisse über eine besondere Gefährdungssituation vor. Auch handele es sich bei den Anliegerbeschwerden um eine subjektive Wahrnehmung. Dies belegten die seitens des Fachdienstes Verkehrsplanung und –lenkung vorgelegten Zahlen. Es wird davor gewarnt, hier ein „Vorbild“ für andere Anliegerstraßen zu schaffen.

Herr Bärwolf erinnert daran, dass es in der Vergangenheit mehrfach verschiedene Verkehrsversuche gegeben habe. Dies habe in der Regel zu einer erheblichen Personalbindung geführt, wobei in einigen Fällen im Ergebnis keine Änderung der Situation erreicht werden konnte. Auch sei im Ausschuss bereits grundsätzlich über verkehrslenkende Maßnahmen gesprochen worden. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, den Grundansatz des Antrages dahingehend zu aufzugreifen, dass ein erneuter Betrachtungszeitraum unter Beteiligung bzw. nach Rücksprache mit den Antragstellern sowie den Anwohnern angeboten werde. Jedoch habe die Verwaltung nicht die personelle Kapazität, um grundsätzlich den subjektiven Eindrücken Einzelner nachzugehen. Herr Hayer führt ergänzend aus, dass in der Vergangenheit im Stoberg Verkehrszählungen in den Jahren 2014 und 2016 jeweils für ca. 10 Tage außerhalb der Ferienzeit durchgeführt wurden. Die im Januar 2018 erfolgte Messung habe am Tag höchstens 500 Fahrzeuge ergeben. Diese Verkehrsbelastung der Anwohner durch die genannte Anzahl der Fahrzeuge könne als äußerst gering bezeichnet werden. Zudem sei zu bedenken, dass im Falle einer Sperrung Umleitungsverkehr, welche weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll und an dieser Stelle auch unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit nicht erforderlich seien. Wie in der letzten Ausschusssitzung geschildert nennt er als kurzfristig umzusetzende Maßnahmen zum einen die Möglichkeit der Beschilderung „Achtung Fußgänger“ im Kurvenbereich sowie die ergänzende Markierung für die Fußgänger im oberen Bereich der Straße, wo es derzeit noch keine Gehwege gebe.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, sowohl die Antragsteller als auch die betroffenen Anwohner zu kontaktieren und gemeinsam, ggfs. vor Ort, zu klären, welches die am störendsten empfundenen Zeiten und Situationen seien, um diese konkret untersuchen zu können.

Seitens des Ausschusses wird vorgeschlagen, die Diskussion nicht weiter zu vertiefen, sondern wie von Vorsitzendem Holzrichter vorgeschlagen zu verfahren und sowohl die beiden Antragsteller als auch die betroffenen Anwohner zu kontaktieren sowie den Fachdienst Feuer- und Rettungswache vor Einleitung von Maßnahmen zu beteiligen und unter Anwesenheit der beiden Antragsteller den Antrag in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses weiter zu beraten.

Herr Bärwolf bietet die Erläuterung der von Herrn Hayer genannten Messergebnisse sowie den Prozess/die Parameter einer Messung durch Herrn Hayer in den Fraktionen an.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

---

## **6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

### **6.1. Sachstand zu Perspektiven für die Hochstraße**

---

Herr Badziura verweist auf einen bereits länger zurückliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Frage, ob die Hochstraße im Bereich zwischen dem Einmündungsbereich Loher Straße und dem Einmündungsbereich Schillerstraße vom Verkehr befreit werden könne, um den anliegenden Gastronomen die Möglichkeit zur Außengastronomie zu schaffen. Drei Veranstaltungen im Rahmen der Bürgergespräche zum Thema Altstadtrenovierung, öffentliche Räume, Wettbewerb hätten hierzu bereits stattgefunden ebenso viele Einzelgespräche des Altstadtbüros mit Anliegern und Gastronomen. Im weiteren Verlauf der Gespräche mit den für eine Genehmigung, Durchführung etc. beteiligten internen Verwaltungsstellen sowie externen Beteiligten habe sich herausgestellt, dass die vorhandene Straßen- und Gehwegbreite für eine Außengastronomie im laufenden Verkehr nicht ausreiche. So sei der nunmehr vorgelegte Vorschlag zur Durchführung eines Feldversuches zur Freigabe der Gehwege für eine Außengastronomie an den Wochenenden entstanden. Die Straße würde in dieser Zeit für den Fahrzeugverkehr gesperrt, so dass die Fußgänger die Straße gefahrlos nutzen könnten. Für diesen Vorschlag seien sog. „Spielregeln“ aufgestellt worden, welche den Ausschussmitgliedern nachfolgend im Detail vorgestellt wurden. Bei einem positiven Votum des Ausschusses würden diese dann mit den Gastronomen besprochen. Zur Zeit liefen Gespräche zur Gewinnung eines sog. Veranstalters, welcher dann verantwortlich sei. Sollte dies nicht gelingen, müsse es auf jeden Fall ein Begleitgremium bestehend aus Gastronomen, Anwohnern, den Altstadtverein und Altstadtbüro sowie Vertretern der Verwaltung (insbesondere der Ordnungskräfte) geben. Parallel dazu sollen an drei Wochenenden in diesem Jahr Großveranstaltungen wie beispielsweise ein Flohmarkt, eine Theateraufführung oder ähnliches ermöglicht werden, welche jedoch jeweils separat genehmigt werden müssten. Die Vereinbarung zur Durchführung des Feldversuches sehe vor, bei Nichteinhaltung der „Spielregeln“ bzw. sonstiger schwerwiegender Probleme das Projekt vorzeitig zu beenden.

Sollte der Ausschuss der vorgeschlagenen Vorgehensweise zustimmen, werde es nach erfolgreichen Gesprächen mit den Gastronomen und Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses hierzu eine Beschlussvorlage geben.

Nach der sich anschließenden Diskussion zur Beteiligung und Parkmöglichkeiten der Anwohner, der genauen Abgrenzung sowie den Zeiten der Sperrung sowie allgemeiner organisatorischer Fragen weist Herr Bärwolf darauf hin, dass es sich hier zunächst einmal um einen Versuch handle und aus diesem Grund bewusst nur der genannte Bereich der Hochstraße ausgewählt worden sei. Dieser Versuch diene der Belebung der Innenstadt. Sobald die nach Unterschrift der o. g. Vereinbarung noch auszuarbeitende Detailplanung einschließlich der verkehrsrechtlichen Prüfung vorliege, werde sie dem Ausschuss in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zum Beschluss vorgelegt.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

---

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

---

### **7.1.1. Informationen zu bevorstehenden Straßenbaustellen**

---

Herr Rotter informiert ausführlich über bevorstehende Straßenbaustellen. Er weist darauf hin, dass, wie bekannt, zum 01.01.2014 Kraft Gesetzes die innerörtlichen Landesstraßen auf das Land Nordrhein-Westfalen bzw. den als Baulastträger zuständigen Landesbetrieb Straßen.NRW übertragen worden seien. Der Zustand dieser Straßen habe in etlichen Teilbereichen wie z.B. dem Rathaustunnel nicht mehr dem üblicherweise zu erwartenden ordnungsgemäßen Zustand entsprochen. Im Rahmen der Übertragung habe sich u. a. Straßen.NRW verpflichtet, diese Straßen in einem angemessenen Zeitraum in einen ordnungsgemäßen baulichen Zustand zu versetzen. Da die Verantwortlichkeit sowohl für die Planung als auch für die Bauausführung allein beim Land liege, befinde sich die Stadt Lüdenscheid zwar im ständigen Dialog mit Straßen.NRW, sei hauptsächlich jedoch lediglich im Rahmen der Umleitungsstrecken und Baustellenabsicherungen beteiligt.

Er führt weiter aus, dass man sich aktuell mitten in der Sanierungsphase befinde und erläutert detailliert die einzelnen Vorhaben (Heedfelder Straße/Im Grund, Kölner Straße, Altenaer Straße einschließlich Tunnelkreuzung Altenaer Straße/Gasstraße/Bahnhofstraße, Lennestraße, Rathaustunnel, Brüninghausen, Teilbereich Sauerfelder Straße zwischen Jockuschstraße und Museum). Hier handele es sich zum Teil um bereits begonnene bzw. fast fertiggestellte Maßnahmen sowie kurz- bis mittelfristig anstehende.

Darüber hinaus würden in einem ersten Bauabschnitt in den nächsten Jahren 29 Lichtsignalanlagen an den Landesstraßen auf den neuesten technischen Stand gebracht und gleichzeitig barrierefrei umgebaut.

Insgesamt investiere der Landesbetrieb Straßen.NRW im Stadtgebiet Lüdenscheid deutlich mehr als den in 2014 festgelegten Pauschalbetrag von rund 10 Millionen Euro. Insgesamt stellten die Maßnahmen von Straßen.NRW in Lüdenscheid das derzeit größte Investitionspaket des Landesbetriebes in ganz Südwestfalen dar. Bei diesen Größenordnungen sei es verständlich, dass es bei einzelnen Maßnahmen zu Verzögerungen bei den Bauabläufen oder Kostensteigerungen kommen würde.

### **7.1.2. Radverkehr Parkstraße (Ergänzung zum Bericht vom 22.11.2017)**

---

Herr Hayer erinnert an die Vorstellung des Themas Radverkehr in der Parkstraße aus der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses. Anhand einer Präsentation zeigt er den betroffenen Bereich und berichtet detailliert über die Ergebnisse der Verkehrszählung. Nachfolgend stellt er mögliche Maßnahmen wie die Einrichtung eines Verkehrsschutzstreifens vor und weist darauf hin, dass dies ggfs. zum Wegfall einiger Stellplätze führe. Hier sei für die Umsetzung eine politische Entscheidung erforderlich.

Nach intensiver Diskussion für und gegen die Einrichtung eines Radschutzstreifens geben die Ausschussmitglieder ihr Votum zur Markierung vor dem Seniorenwohnheim AWO wie seitens der Verwaltung vorgeschlagen wie folgt ab:

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	1

### **7.1.3. Schulwegsicherung am Worthrondell aufgrund von Umbaumaßnahmen am Bergstadtgymnasium**

---

Herr Hayer berichtet über eine bauliche Maßnahmen durch die Zentrale Gebäudewirtschaft am Bergstadtgymnasium Lüdenscheid. Dies führe dazu, dass Unterrichtseinheiten ausgelagert werden und täglich ca. 300 Schüler im Klassenverband vom Bergstadt-Gymnasium zur Albert-Schweitzer-Schule laufen müssten. Hierzu sei auf direktem Weg das Worthrondell zu überqueren. Anhand eines Luftbildes zeigt er den betroffenen Bereich und erläutert die zur Schulwegsicherung erforderlichen Maßnahmen (Einrichtung eines Zebrastreifens, Entfernung eines Pflanzbeetes, Anpassung des Bordsteinverlaufs, Versetzung einer Laterne in diesem Bereich). Zur Umsetzung dieser Maßnahmen entstünden Kosten in Höhe von ca. 15.000 €, die vorgestellten Maßnahmen seien nach erfolgter interner sowie externer Abstimmung aller beteiligten Stellen jedoch die einzig umsetzbaren und zur Schulwegsicherung zwingend erforderlich.

Nach Klärung einzelner Fragen befürworten die Ausschussmitglieder das vorgeschlagene Vorgehen der Verwaltung.

### **7.1.4. Parksituation Wachholderstück**

---

Anhand einer Präsentation stellt Herr Hayer die aktuelle, für die Anwohner sehr unbefriedigende Parksituation am Wachholderstück vor und zeigt mit einem Luftbild, dass die Schaffung neuer Parkmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum hier nicht möglich sei. Die vorhandenen Stellplätze seien komplett vermietet. Aufgrund der Häufung von Anwohnerbeschwerden werde derzeit das Gespräch mit der anliegenden Wohnungsgesellschaft gesucht mit der Bitte und dem Ziel, auf deren Grundstück neue Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorgehen der Verwaltung zu.

### **7.1.5. Neubau der Fußgängerbrücke über der Bahn zwischen Wikingerweg und Im Winkel**

---

Frau Hayer informiert über den Zustand der Fußgängerbrücke über die Bahnschienen zwischen Wikingerweg und Im Winkel. Sie berichtet über die erheblichen Schäden, welche bei einer turnusmäßigen Bauwerksprüfung 2016 festgestellt worden seien. Anhand einer Präsentation zeigt sie einige dieser Schäden wie Pilzbefall sowie eine starke Vermosung, auch die rutschfeste Beschichtung breche teilweise weg. Da es sich bekanntlich um eine Holzbrücke handele, säßen auch die Schrauben nicht mehr fest genug. Die Brücke sei im Jahr 1956 gebaut und 1993 der Belag erneuert werden. Das zu den Schäden eingeholte Gutachten schlage zur Behebung der Mängel eine Sanierung mit erheblichen Kosten vor und nennt eine zehnjährige Restlaufzeit der Brücke. Mit Blick auf die hohen Sanierungskosten schlage die Verwaltung als Alternative die Errichtung einer Leichtmetallbrücke, ähnlich wie in der Präsentation gezeigt, vor. Diese Lösung sei deutlich langlebiger und kostengünstiger, die Haushaltsmittel für die Planungskosten seien für dieses Jahr, die Baukosten im Etat für nächstes Jahr eingeplant. Die Nutzbarkeit der vorhandenen Brücke wäre höchstens bis Ende 2017 möglich.

Die Ausschussmitglieder befürworten das Vorgehen der Verwaltung.

## **7.2. Beantwortung von Anfragen**

---

**Entfällt**



### **7.3. Anfragen**

---

#### **7.3.1. Anfrage des Ratsherrn Dudas zum Thema "Überprüfung der Sicherheit am Fußgängerüberweg Humboldtstraße/Gasstraße"**

---

Ratsherr Dudas schildert, dass er in der Vergangenheit mehrfach für die Fußgänger gefährliche Situationen bei der Fahrbahnquerung im Kreuzungsbereich Humboldtstraße/Gasstraße beobachtet habe und bittet die Verwaltung um Prüfung und ggf. Modifizierung der Situation bezüglich der Fußgängersicherheit.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Prüfung und Information des Ausschusses in einer der nächsten Sitzungen zu.

#### **7.3.2. Anfrage des Ratsherrn Bodenheimer zum Thema "Aktueller Sachstand bzw. weiteres Vorgehen zur Umsetzung einer geplanten Citybuslinie in der Innenstadt"**

---

Ratsherr Bodenheimer bittet um Auskunft, welches die nächsten Schritte für die Realisierung eines geplanten Citybusses in der Innenstadt seien.

Herr Hayer berichtet über den Besuch einer Delegation aus Politik sowie Verwaltung in Kleve, wo es ähnlich wie in Lüdenscheid eine Ober- und Unterstadt mit einem nicht unerheblichen Höhenunterschied gebe. Hier sei eine Citybuslinie im Einsatz, welche in das Gesamtnetz des ÖPNV integriert ist und sehr gut angenommen werde. Im Rahmen des IHK Altstadt hat die Stadt Lüdenscheid die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes beauftragt, welches unter anderem auch die Entwicklung von Einsatzmöglichkeiten eines Citybussystems beinhaltet. Der zuständige Ingenieur des beauftragten Büros sei mit in Kleve gewesen und prüfe derzeit die Übertragbarkeit der Klever Citybuslinie auf die Situation in Lüdenscheid. Sobald das entsprechende Gutachten vorliege, werde die Verwaltung den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses die Ergebnisse vorstellen.

Ratsherr Bodenheimer bedankt sich für die Antwort.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Malberg

Schriftführerin